Vorlage
an den
Rat
über den Verwaltungsausschuss

Änderung der Entgeltordnung für KiTas; 2. Schritt

Der Ausschuss für Jugend, Familie, Schule und Soziales hat in seiner Sitzung am 19.08.2009 die Vorlage V 119/2009 zur Änderung der Entgeltordnung beraten und den vorgesehenen Empfehlungsbeschluss gefasst. Auf Anregung aus den Reihen der Ausschussmitglieder wurde die Vorlage auch noch in der Sitzung des Ortsrates Barmke am 25.08.2009 und des Ortsrates Emmerstedt am 02.09.2009 behandelt.

Der Ortsrat Barmke hat in Bezug auf den Früh- und Spätdienst in den Kindertagesstätten beschlossen, dass „der Einführung eines zusätzlichen Entgeltes für die dauerhafte Inanspruchnahme des Früh- und Spätdienstes (2 zusätzliche Stunden zum Vormittagsplatz) zugestimmt wird. Bei kurzfristiger Überschreitung (bis zu 1/2 Stunde) im Früh- und Spätdienst soll keine zusätzliche Berechnung erfolgen.“

Der Ortsrat Emmerstedt hat in Ergänzung des vorgesehenen Beschlussvorschlages folgendes beschlossen:

„ Es soll geprüft werden, ob es sich bei den Früh-, Mittags- und Spätdiensten um reine Beaufsichtigungs-, Verwahrungs- oder um kindergartengerechte Betreuungszeiten handelt. Reine Beaufsichtigungs-/Verwahrungszeiten sollten sehr großzügig gesehen und - wenn überhaupt - nicht in dem vorgeschlagenen Umfang berechnet werden.“

Weiter soll geprüft werden, ob es bei diesen Zeiten einen Unterschied zwischen kirchlichen und städtischen Kindergärten gibt.“

In § 8 Abs. 1 des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder in Niedersachsen (Nds. Ki-TaG) wird zwischen Öffnungs- und Betreuungszeiten unterschieden. Sie haben dem Wohl der Kinder und den Belangen ihrer Erziehungsberechtigten Rechnung zu tragen. Zu diesem Zweck sollen auch Früh- und Spätdienste eingerichtet werden. Die Kindertagesstätten müssen wenigstens an fünf Tagen in der Woche vormittags eine Betreuung in der Gruppe von mindestens 4 Stunden anbieten.

Die Öffnungszeit umfasst somit die Früh-, Mittags- und Spätdienstzeiten (sog. Sonderöffnungszeiten) und die Betreuungszeiten. Bei den Früh- und Spätdienstzeiten, die nicht zur eigentlichen Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsarbeit gehören, handelt es sich um zusätzliche Angebote, bei der die „Aufbewahrung“ im Vordergrund steht.

Diese Sonderöffnungszeiten sollen angeboten werden, um den berufstätigen Eltern Rechnung zu tragen, dabei aber auch nicht die personellen und finanziellen Möglichkeiten des Trägers außer Acht lassen.

Zwar unterliegen diese Sonderöffnungszeiten nicht den strengen personellen Anforderungen des Gesetzes, d.h. es müssen nicht regelmäßig zwei qualifizierte Kräfte anwesend sein. Gleichwohl ist der Träger auch hier nicht in seiner organisatorischen Umsetzung frei. Es kann zwar häufig genügen, dass in der Sonderöffnungszeit weniger als 10 Kinder von nur einer Erzieherin beaufsichtigt werden und sich eine zweite Kraft in unmittelbarer Rufbereitschaft befindet. Je mehr Kinder sich jedoch in der Sonderöffnungszeit in der Kindertagesstät-

te aufhalten, um so höher werden auch die Anforderungen an die durchzuführende Beauf-sichtigung.

Bei einem hohen Bedarf von Plätzen im Rahmen der Sonderöffnungszeit ist es durchaus überlegenswert, längere Betreuungszeiten in Kindertagesstätten anzubieten. Dies wird in der Kernstadt von Helmstedt in einigen Kindertagesstätten auch bereits praktiziert.

Im Herbst des letzten Jahres haben wir eine Abfrage zu den Öffnungs- und Betreuungszei-ten in den Kindertagesstätten der Stadt Helmstedt durchgeführt und das Ergebnis in der Sit-zung des Ausschusses für Jugend, Familie, Schule und Soziales vorgestellt (s. Anlage). Nach dem Stand vom 01.09.2008 boten nicht alle Kindergärten einen Früh- bzw. Spätdienst von 60 Minuten sondern auch von nur 30 Minuten an. Es gibt Kindertagesstätten, die mor-gens einen Frühdienst von 30 Minuten und einen Spätdienst von 60 Minuten oder auch um-gekehrt anbieten. Darüber hinaus gibt es Ganztagsgruppen, Dreivierteltagsgruppen oder reine Nachmittagsgruppen, für die gar kein Spätdienst angeboten wird.

Aus unserer Sicht sollte ganz allgemein - ohne weitere Unterteilung - ein Entgelt für die zu-sätzliche regelmäßige Nutzung eines Früh- und/oder Spätdienstes erhoben werden, um den Verwaltungsaufwand, insbesondere auch für die Betreuungskräfte, möglichst gering zu hal-ten. Schon heute ist es in den meisten Kindertagesstätten üblich, dass man sein Kind für die Nutzung der Sonderöffnungszeit anmelden muss, weil eben für diesen Zeitraum die perso-nelle Besetzung des Kindergartens einer besonderen Regelung unterworfen ist. Das Ange-bot der Sonderöffnungszeit richtet sich zudem auch nach dem Bedarf, d.h. wenn sie nicht nachgefragt wird, kann der Kindergarten bereits mit Ablauf der Betreuungszeit schließen.

Es ist keineswegs beabsichtigt, eine einmalige Nutzung des Früh- oder Spätdienstes im Rahmen des vorhandenen Angebotes mit einem zusätzlichen Entgelt zu belegen.

Nach Auffassung der Verwaltung sollte ihrem Beschlussvorschlag in Bezug auf die Erhebung eines Entgeltes für die Inanspruchnahme der Sonderöffnungszeit wie in der Vorlage 119/09 dargestellt, gefolgt werden. Der Ausschuss für Jugend, Familie, Schulen und Soziales hatte in seiner Sitzung am 19.08.2009 den vorgeschlagenen Beschluss gefasst, aber darüber hin-aus empfohlen, mit den kreisangehörigen Gemeinden, die keine eigenen Krippen und Horte unterhalten Vereinbarungen zu treffen, dass für die Aufnahme von deren Kindern von den Gemeinden nahezu kostendeckende Zuschüsse gezahlt werden. Die Eltern hingegen sollen den gleichen Entgeltsatz wie die Helmstedter Kinder bezahlen.

Grundsätzlich kann dieser Ansatz nachvollzogen werden und erscheint auch sehr gerecht. In der Praxis hingegen muss befürchtet werden, dass nicht alle Gemeinden im Vorfeld bereit sein werden, eine entsprechende Vereinbarung mit der Stadt Helmstedt zu treffen. Wenn wir dann im jeweiligen Einzelfall mit einer Kommune in Verhandlung treten, weil ein entspre-chender Antrag seitens der Erziehungsberechtigten gestellt wurde, muss befürchtet werden, dass es zu keiner oder zu keiner kurzfristigen Einigung mit der Kommune kommt. Unabhän-gig davon haben wir rechtlich kaum Möglichkeiten, ein Kind aus einer fremden Kommune abzulehnen, wenn die Heimatgemeinde keine entsprechende Einrichtung vorhält. Aus die-sem Grunde bleiben wir bei unserer Auffassung, dass der Höchstsatz von Eltern aus frem-den Gemeinden gefordert werden sollte.

Beschlussvorschlag:

Der Entgeltordnung über die Erhebung von Entgelten für die Benutzung der städtischen Kin-dertagesstätten wird in der als Anlage 2 beigefügten Fassung beschlossen.

(Eisermann)

Anlage